CDU·CSU Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Nr.16/ 09.10.2026

Deutsche Wirtschaft erholt sich – Strukturreformen bleiben entscheidend

Nach einer mehrjährigen Phase wirtschaftlicher Schwäche zeichnet sich in Deutschland eine allmähliche Erholung ab. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für 2026 deutlich angehoben: Statt der im Frühjahr erwarteten 0,5 Prozent rechnet sie nun mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,3 Prozent.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die positive Entwicklung, sieht aber weiterhin erheblichen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Aus ihrer Sicht muss die Erholung durch konsequente Strukturreformen abgesichert werden. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur Begrenzung der Lohnnebenkosten, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und ein konsequenter Abbau bürokratischer Belastungen. Ziel ist es, die Unternehmen zu entlasten, Investitionen zu erleichtern und die Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum zu schaffen. Nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums wurde die Entwicklung im ersten Halbjahr 2026 vor allem durch die Exporte und den öffentlichen Konsum gestützt. Darüber hinaus sollen staatliche Investitionen in die Infrastruktur und die Verteidigung wichtige Impulse setzen. Die Bundesregierung verfolgt damit das Ziel, die wirtschaftliche Dynamik zu stärken und die Investitionstätigkeit zu beleben.

Trotz der verbesserten Aussichten bestehen weiterhin erhebliche Risiken. Internationale Konflikte, steigende Energiepreise und Unsicherheiten im Welthandel können die wirtschaftliche Entwicklung belasten. Hinzu kommen strukturelle Herausforderungen im Inland. Dazu zählen hohe Arbeits- und Lohnnebenkosten, bürokratische Anforderungen, der Fachkräftemangel und eine nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Aus Sicht der Bundesregierung sind deshalb zusätzliche Reformen erforderlich, damit aus der konjunkturellen Erholung ein dauerhaft tragfähiger Aufschwung entsteht. Der CDU/CSU-Wirtschaftspolitiker Klaus Wiener verwies auf die außergewöhnlich lange Phase wirtschaftlicher Stagnation in Deutschland. Gleichzeitig betonte er, dass das Land weiterhin über erhebliche wirtschaftliche Stärken und eine hohe Attraktivität für Investoren verfüge. Wirtschaftswachstum sei dabei kein Selbstzweck: Es müsse dazu beitragen, den Wohlstand zu sichern, neue wirtschaftliche Handlungsspielräume zu schaffen und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme langfristig zu gewährleisten.

Wiener sprach sich deshalb für die Fortsetzung struktureller Reformen aus, um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufzustellen. Der Aufschwung müsse dauerhaft werden und dürfe sich nicht allein auf staatliche Ausgaben stützen. Neben öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung seien vor allem zusätzliche private Investitionen und eine stabile Binnennachfrage notwendig. Die sich verbessernde Stimmung in Teilen der Wirtschaft wertete er als ermutigendes Signal. Entscheidend ist nun, dass sich die positiven Erwartungen auch in konkreten Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen niederschlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



in dieser Woche im Deutschen Bundestag gab es eine Reihe konkreter Gesetzentwürfe auf der Tagesordnung – mit insgesamt 24 Gesetzen in 1. Lesung. Vor allem in der Steuergesetzgebung haben wir viele neue Maßnahmen angestoßen. Mit der Einkommensteuerreform 2027 wollen wir als CDU gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ein wichtiges Vorhaben umsetzen: Wir entlasten damit Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Ab 2027 werden der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag angehoben, das Kindergeld steigt und auch der Arbeitnehmer-Pauschbetrag wird erhöht. Damit bleibt vielen Menschen künftig mehr von ihrem erarbeiteten Einkommen.
Familien stehen dabei im Mittelpunkt. Das Kindergeld steigt 2027 auf 267 Euro und 2028 auf 272 Euro je Kind und Monat. Gleichzeitig werden die Kinderfreibeträge angehoben. Auch der Grundfreibetrag steigt auf 12.564 Euro im Jahr 2027 und auf 12.900 Euro im Jahr 2028. Insgesamt soll die Reform rund zehn Milliarden Euro jährlich an steuerlicher Entlastung bringen.
Arbeit muss sich aus meiner Sicht immer lohnen. Deshalb wird auch der Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.230 auf 1.430 Euro angehoben. Zudem wird die steuerliche Begünstigung von Sonn- und Feiertagszuschlägen ausgeweitet: Die maßgebliche Grundlohngrenze steigt von 50 auf 75 Euro. Gleichzeitig wird die kalte Progression abgeflacht, sodass insbesondere kleine und mittlere Einkommen profitieren. Im derzeitigen Gesetzentwurf wird die kalte Progression allerdings nur zum Teil ausgeglichen. Die durch die kalte Progression verursachten Kaufkraftverluste sind seit 2015 stets vollständig ausgeglichen worden. Der Anspruch der Unionsfraktion ist es aber, dass wir das, was seit 2015 gelungen ist, auch weiter schaffen. Das wird aber bedeuten, dass wir nochmal in den Haushalt 2027 gehen und für dieses Ziel konkrete Einsparungen erzielen müssen.
Eine solche Entlastung muss solide finanziert werden. Deshalb leisten auch die höchsten Einkommen einen größeren Beitrag zur Gegenfinanzierung. Der Höchststeuersatz von 45 Prozent greift künftig bereits ab einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 Euro; ab 280.000 Euro gilt künftig ein Steuersatz von 47 Prozent.
Unser Ziel ist klar: Menschen sollen von ihrer Arbeit wieder mehr haben, Familien sollen spürbar entlastet werden und unser Steuerrecht soll fair und leistungsorientiert sein. Mit der Einkommensteuerreform 2027 gehen wir einen Schritt in diese Richtung. Der vollständige Ausgleich der kalten Progression muss aber im parlamentarischen Verfahren erreichbar sein und die Arbeitsmarkt- und Rentenreform muss nun auch zügig vorgelegt werden, damit die Reformen zusammen ein starkes Signal senden können.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW
Foto: Tobias Koch

Deutschland muss für die Sicherheit Israels eintreten

Zum dritten Jahrestag des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 erklärte der außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Hardt, mit folgenden Worten:

„Der Terrorüberfall der Hamas vom 7. Oktober 2023, bei dem friedliche israelische Dorfbewohner und feiernde junge Menschen aus der ganzen Welt brutal abgeschlachtet wurden, war eine Zäsur für Israel und die gesamte Welt. Die in Israel verbreitete Vorstellung, man könne die Gefahr, die von Terrororganisationen wie der Hamas in Gaza und der Hisbollah im Libanon ausgeht, unter Kontrolle halten, hat sich als Illusion erwiesen. Israel ist real von Kräften bedroht, die seine Vernichtung wollen, die über starke Mittel und Unterstützer verfügen. Auch der jüngste Versuch der Entführung eines Flugzeugs von Flydubai mit zahlreichen israelischen Passagieren an Bord zeigt, dass die Bedrohung nicht abgenommen hat.
Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann es daher keinen Zweifel geben, dass Deutschland für die Sicherheit Israels eintreten muss.
Die Entwicklung der zurückliegenden drei Jahre zeigt auch: Dieser Konflikt ist militärisch nicht zu lösen. Die diplomatische Annäherung zwischen Israel und den islamisch geprägten Staaten, wie sie mit den Abraham-Abkommen beschritten wurde, ist von großer Bedeutung und muss fortgesetzt werden. Alle Staaten müssen das Existenzrecht Israels anerkennen. Aber auch Israel darf sich einer Staatlichkeit für die Palästinenser nicht verwehren. Es ist möglich, diese so zu gestalten, dass von einem palästinensischen Staat keine Gefahr für Israel ausgeht. Eine dauerhafte Lösung des Nahost-Konflikts ist nur möglich, wenn alle Seiten bereit sind, neue Wege zu beschreiten. Allerdings sollte auch niemand Schritte unternehmen, die eine nachhaltige Lösung des Konflikts unmöglich machen. Das gilt für Israel mit seiner Siedlungspolitik genauso wie für Iran mit seinem Atomprogramm. Iran darf den Terror gegen Israel und die arabischen Staaten nicht länger unterstützen.
Deutschland bleibt für Israel ein verlässlicher Partner, damit das Land dauerhaft sicher und in Frieden leben kann.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 16/2026,
09. Oktober 2026

Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Die Migrationswende wirkt

Die Migrationszahlen entwickeln sich weiter deutlich rückläufig. Im September 2026 wurden 5.276 Asylerstanträge registriert, das ist der niedrigste Septemberwert seit 2012 und etwa 70 Prozent weniger als noch im September 2024. Die Migrationswende wirkt, aber wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Unser Ziel bleibt, irreguläre Migration dauerhaft zu begrenzen und die Kontrolle darüber zu behalten, wer nach Deutschland kommt, und wer bleiben darf.
Deutschland hat im vergangenen Jahr mit dem Start der Koalition aus Union und SPD einen deutlichen Kurswechsel in der Migrationspolitik eingeleitet. Mehr Kontrolle, ein konsequenteres Vorgehen gegen irreguläre Migration und ein entschlossenes Handeln gegenüber Straftätern stehen dabei im Mittelpunkt. Durch die Verringerung von Anreizen für eine illegale Einreise konnte die bisherige Anziehungskraft Deutschlands spürbar vermindert werden. Grenzkontrollen, der neue europäische Migrationspakt sowie Abkommen mit Drittstaaten über sogenannte „Return Hubs“ sind dabei zentrale Bausteine. Unser Anspruch bleibt, irreguläre Migration langfristig zu begrenzen und sicherzustellen, dass der Staat die Kontrolle darüber behält.

Deutschland ist innerhalb der Europäischen Union inzwischen nicht mehr das wichtigste Zielland für illegale Migration. Mittlerweile liegt Deutschland hinter Frankreich, Italien und Spanien auf Platz vier. Das zeigt, was die von dieser Koalition eingeleiteten Maßnahmen bewirken konnten. Aus der bisherigen Migrationswelle ist eine politische Wende geworden, mit der Deutschland im europäischen Vergleich deutliche Fortschritte erzielt hat.
Aus diesem Grund haben wir die bestehenden Grenzkontrollen auch über den 15. September hinaus verlängert. Seit Beginn dieser Wahlperiode konnten rund 60.000 unerlaubte Einreisen verhindert, etwa 11.600 Haftbefehle an den Grenzen vollstreckt und rund 1.700 Schleuser festgenommen werden.
Diesen Kurs setzen wir auch auf europäischer Ebene fort. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und eine stärkere Fokussierung auf Rückführungen. Bereits im ersten Jahr dieser Koalition wurde die Zahl der zwangsweisen und unterstützten Rückführungen deutlich erhöht. Rund 42.000 Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl hatten, wurden in ihre Herkunftsländer zurückgeführt.
Auch künftig wollen wir das europäische Asylsystem weiterentwickeln und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten ausbauen. Dazu gehören Vereinbarungen, die den Aufbau sogenannter „Return Hubs“ außerhalb der Europäischen Union ermöglichen und damit zusätzliche Möglichkeiten für eine geordnete Rückkehr schaffen.

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.